Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen : Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz

Autor(en): **Madörin, Mascha**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **30 (2010)**

Heft 58

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651857

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Mascha Madörin

Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen

Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz

Die meisten neueren makroökonomischen Analysen feministischer Ökonominnen fokussieren auf die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung für die Geschlechterverhältnisse in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch in der Familie und in Haushalten. Kürzlich haben vier Ökonominnen in einem Artikel mit dem Titel „Feminist Economics of Inequality, Development, and Growth" (Berik et al. 2009) die Fakten und theoretischen Überlegungen aus jahrelanger Arbeit feministischer Ökonominnen zusammengefasst. Wie sie betonen, geht es bei der feministischen Sicht um eine inhaltliche Erweiterung dessen, was Geschlechtergerechtigkeit und Gleichheit bedeuten: nicht nur gleiche Chancen in einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft, gleiche Einkommen und gleicher Zugang zu ökonomischen Ressourcen, sondern auch die Analyse, was in Sachen „ökonomische und soziale Wohlfahrt"[1] von und für Frauen und Männer durch Wirtschaftsentwicklung erreicht wird (outcome). In dieser Perspektive ist es klar, dass erstens Geschlechterverhältnisse in der bezahlten und unbezahlten Sorge- und Versorgungswirtschaft (in der Folge kurz „Care-Ökonomie" genannt)[2] nicht ausser Acht gelassen werden können; und dass zweitens die Care-Ökonomie zentral ist für das Verständnis dessen, was Wohlfahrt ist. Die Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse, das ist eine der Erkenntnisse aus bisherigen Forschungen, können sehr unterschiedlich sein, je nach Wachstumspfad und Entwicklungspolitik. Interessant aus feministisch-ökonomischer Sicht ist es, zu verstehen, welche ökonomischen Zusammenhänge solche Unterschiede erklären können.

Ähnliche Fragestellungen liegen auch einer UNRISD[3]-Studie zur „sozialen und politischen Ökonomie von Care" zugrunde, aber auf eine andere Art und Weise. Ausgangspunkt der Analyse ist hier nicht die Frage der Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, sondern die bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern, die der Sorge für und Versorgung von Menschen dienen (im Folgenden „Care-Arbeit" genannt). Diese – gesellschaftlich notwendigen – Tätigkeiten, ob bezahlt oder nicht, sind zentral für die Produktion von Wohlfahrt und für die Analyse des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum, Lebensstandard, Geschlechtergerechtigkeit und Wohlfahrt der Menschen. Shahra Razavi[4] formulierte die Frage wie folgt: „We need a care lens to look at the process of capital accumulation and what happens in the process of development, rather than assuming *ad priori* that development/growth will lead to an improvement in care-giving and human welfare." (Razavi 2009,4). Verschiedene Resultate, welche eine „Durchquerung" der schweizerischen

Sozial- und Wirtschaftsstatistiken aus der Sicht der Care-Ökonomie mit sich brachten[5], haben mich dazu animiert, etwas genauer über die von Razavi und den erwähnten feministischen Ökonominnen formulierten Fragen nachzudenken. Anhand der Daten zur Schweiz sollen ein paar Aspekte einer solchen Analyse skizziert werden – als möglicher Ansatz zu einer Weiterentwicklung der feministischen Wohlfahrtstheorie.

Ein erweitertes Konzept des Lebensstandards

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) seit 1997 periodisch veröffentlichten Daten zu unbezahlter Arbeit zeigen, dass es sich – volkswirtschaftlich gesehen – bei dieser um ein grosses Volumen handelt[6]: Es werden mehr Stunden unbezahlt für die Sorge und die Versorgung von Menschen in der Schweiz aufgewendet als für sämtliche Erwerbsarbeit, auch wenn wir die unbezahlte Arbeit in Sportvereinen, Interessensverbänden, Kulturvereinen, in Parteien und Gemeinden nicht in Betracht ziehen.[7] Hier sollen drei Aspekte dieser Grössenordnungen besonders hervorgehoben werden:

– Bei rund 70-75 Prozent des Stundenvolumens oder des monetären Wertes der unbezahlten Arbeit handelt es sich um Tätigkeiten, die *nicht* für Kinder oder Kranke oder gebrechliche Menschen verrichtet werden: es ist unbezahlte Arbeit, welche die Befragten für sich selber tun oder für arbeitsfähige Erwachsene, die im gleichen Haushalt oder anderswo wohnen. Rund 4-5 Prozent der vom BFS erfassten unbezahlten Arbeit werden im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit in Vereinen (Sport, Politik etc.), Parteien, Kirchen und Gemeinden etc. verrichtet.

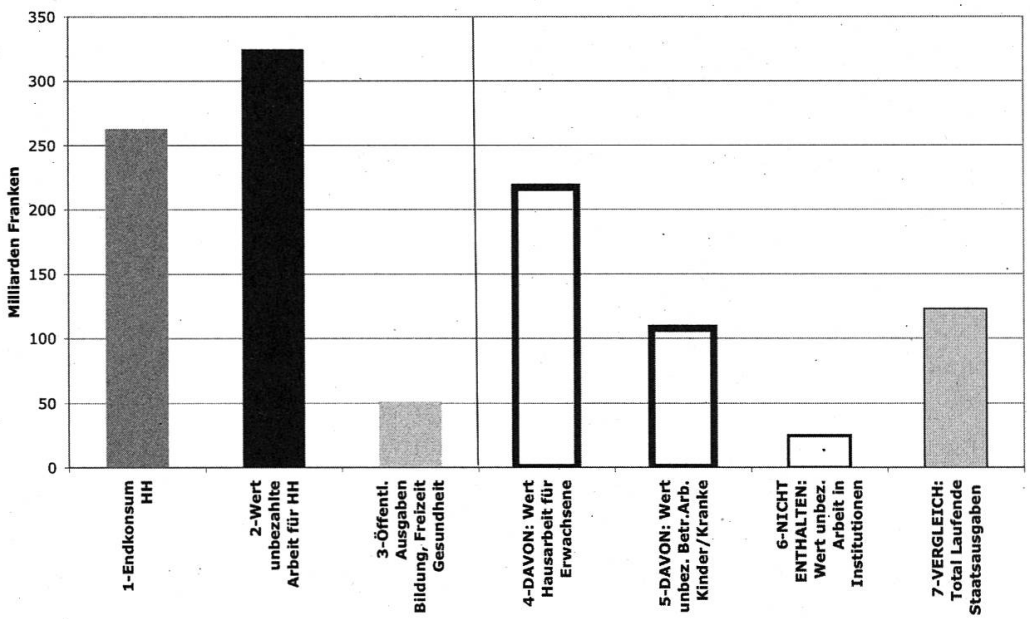
– Rund 20-25 Prozent der unbezahlten Care-Arbeit kann der Care- und Hausarbeit für Kinder und für betreuungsbedürftige Erwachsene zugeordnet werden. Das scheint wenig zu sein. Aber wie *Graphik 2* zeigt, ist der monetäre Wert der unbezahlten Arbeit für betreuungsbedürftige Personen (Kinder, Kranke, Gebrechliche) enorm, verglichen mit den Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

– Mehr als *90 Prozent sämtlicher unbezahlter Care-Arbeiten* werden in den Haushalten der Befragten verrichtet. Bei der unbezahlten Care-Arbeit für Kinder und insbesondere im Fall von Arbeit für betreuungsbedürftige Erwachsene ist dieser Prozentsatz jedoch tiefer. Da spielen persönliche Netzwerke unter NachbarInnen, FreundInnen und Verwandten eine wichtige Rolle. Für die folgenden makroökonomischen Überlegungen wird diese unbezahlte Care-Arbeit einfachheitshalber auch dem Haushaltssektor zugeordnet.[8]

Graphik 1 enthält Angaben zum monetären Wert der unbezahlten Care-Arbeit in Haushalten verglichen mit dem verfügbaren Einkommen in Haushalten und staatlichen Dienstleistungen, welche wichtige Komponenten des Lebensstandards in einem Land darstellen. Das Konzept, das

hinter dieser Graphik steckt, beruht auf der Idee, dass der jährlich produzierte Lebensstandard[9] nicht nur vom Einkommen der Haushalte und – was hier nicht abgebildet ist – der realen Kaufkraft der Haushalte abhängt, sondern auch von Leistungen des Staates, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen.[10] Zur Lebensstandardberechnung gehört auch der monetarisierte Wert der unbezahlten Sorge- und Versorgungsarbeiten. Ebenso müsste bei der Lebensstandardberechnung Freizeit vorkommen (Stiglitz et al. 2009).[11] In *Graphik 1* ist keine „Freizeitsäule" abgebildet, weil sie schwer zu quantifizieren ist. Datenvergleiche verschiedener Länder zeigen jedoch, dass die Belastung durch *bezahlte und unbezahlte* Arbeit in der Schweiz sowohl für Frauen als auch für Männer im Vergleich zu andern europäischen Ländern Spitzenwerte aufweist, die Freizeitsäule also relativ klein abgebildet werden müsste (BFS 2009, 19 Tab. 2).[12] *Graphik 1* zeigt eindrücklich den grossen ökonomischen Stellenwert, welchen die unbezahlte Arbeit für den so verstandenen Lebensstandard hat.[13]

Graphik 1: Elemente des Lebensstandards
(Schweiz 2004, in Milliarden Franken)



BFS: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; SAKE - Modul unbezahlte Arbeit; BFS/ Eidgen. Finanzverwaltung: Ausgaben Bund, Kantone und Gemeinden

Der Wert der unbezahlten Arbeit wird aufgrund der Arbeitskosten vergleichbarer Berufe berechnet (siehe dazu www.bfs.admin.ch: SAKE, Modul unbezahlte Arbeit).
Bei der Säule zum Endkonsum der Haushalte (1) sind Transfers schon abgezogen: Steuern, Beiträge an Sozialversicherungen, ausser den Prämien für die obligatorische Krankenversicherung, diese sind im Endkonsum enthalten. Im Betrag der Säule (2) ist die unbezahlte Arbeit in Institutionen nicht enthalten (Säule 6), weil nicht klar ist, was davon zur Care-Arbeit gezählt werden kann. Die Säule (3) enthält die laufenden Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden. Diese Säule enthält alle vom Staat finanzierten Ausgaben, nicht nur diejenigen, die im engeren Sinn der Care-Ökonomie zugeordnet werden. Diese Tabelle soll Grössenordnungen sichtbar machen.

Normalarbeitszeit, unbezahlte Arbeit und Geschlechterungleichheit

Aufgrund der *Graphik 1* kann folgende Frage nicht beantwortet werden: Wieviele Stunden muss für die (Teil-)Finanzierung des Endkonsums des Haushaltes in der Schweiz gearbeitet werden?[14]

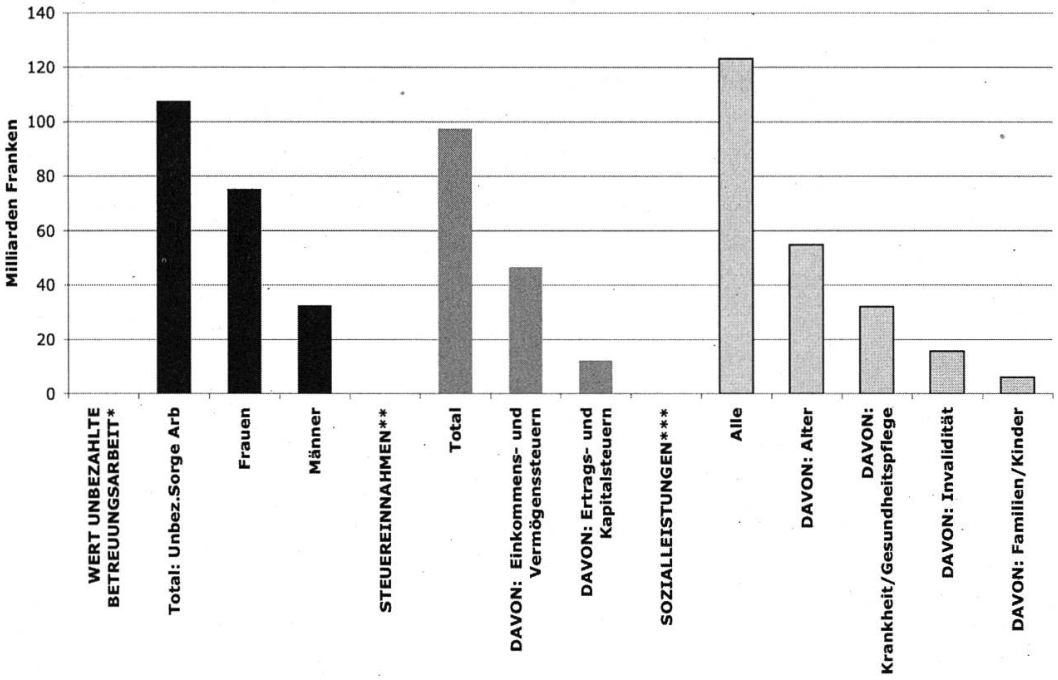
In der Schweiz werden pro EinwohnerIn jährlich rund 1'000 Stunden und in Frankreich 538 Stunden für Erwerbsarbeit aufgewendet (Beat Kappeler, NZZ a. S. 30.8.2009). Diese Unterschiede sind wesentlich nicht nur für die Finanzierung von Sozialversicherungen und für die Steuereinnahmen des Staates, sondern auch für die Akkumulationsfähigkeit der Privatwirtschaft oder eines ganzen Landes. Sie sind aber auch wichtig für die Zeitökonomie der Erwerbstätigen (Freizeit, Zeit für unbezahlte Arbeit). Die Schweiz weist im westeuropäischen Vergleich hohe Normalarbeitszeiten auf, das heisst, in der Schweiz muss für die vergleichsweise hohen Erwerbseinkommen ziemlich viel gearbeitet werden.

Die Normalarbeitszeit ist ein zentraler Faktor für die gesamte Zeitbelastung durch bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern. Zwar wusste ich schon längst, dass Frauen in der Schweiz verglichen mit andern westeuropäischen Ländern eine hohe Erwerbsquote haben. Überraschend und irritierend war für mich jedoch die Tatsache, dass trotz des hohen Anteils von Teilzeitarbeit und insbesondere von Teilzeitarbeit unter 50 Prozent *Frauen in der Schweiz, in Stunden pro Jahr gerechnet und auf die Gruppe der Frauen im erwerbsfähigen Alter bezogen, mehr Erwerbsarbeit leisten* als beispielsweise in Deutschland und fast soviel wie in Schweden oder Finnland (BFS 2009, 19, Tab. 2). Dies ist darauf zurückzuführen, dass es bei uns wenig Arbeitslosigkeit und lange Normalarbeitszeiten gibt und Frauen in der Schweiz zwar vorwiegend Teilzeit arbeiten, jedoch eine sehr hohe Erwerbsquote haben. Teilzeitstellen mit hohen Pensen entsprechen zeitmässig in andern Ländern Vollzeitstellen. Kommt hinzu, dass auch das Volumen der *unbezahlten Arbeit*, die Frauen und Männer durchschnittlich pro Tag in der Schweiz leisten, grösser ist als in Schweden, in Finnland, in den Niederlanden oder in Deutschland, nicht zuletzt deshalb, weil es hierzulande an Tagesbetreuungseinrichtungen für die Kinder fehlt. Die vierte, nicht abgebildete Säule zur Freizeit wäre also vergleichsweise klein.

Wie ist dieses hohe Erwerbsvolumen der Frauen möglich trotz fehlender Tagesbetreuungseinrichtungen für Kinder? Die Daten des BFS zeigen, dass Frauen ihre Erwerbsarbeitszeit im Verlauf ihres Lebens sehr flexibel dem Bedarf an unbezahlter Arbeit[15] anpassen – im Gegensatz zu Männern, die tendenziell mehr Erwerbsarbeit leisten, wenn Kinder im gleichen Haushalt leben. Im Durchschnitt entfallen auf Männer etwa zwei Drittel des Volumens der Erwerbsarbeit, auf Frauen zwei Drittel des Volumens der unbezahlten Arbeit; bei der unbezahlten Haus- und Betreuungsarbeit für Kinder und pflegebedürftige Erwachsene sind es etwa 70 Prozent.[16] In heterose-

xuellen Paarhaushalten mit einem Kind machte im Jahr 2004 das Einkommen der Frauen rund 24 Prozent des Gesamteinkommens der Haushalte aus (Schweizer Haushalt-Panel 2004). Dies hat für Frauen mit Kindern negative Auswirkungen auf die Verhandlungsposition gegenüber ihren Lebenspartnern, auf ihre Erwerbsmöglichkeiten und wirkt sich zudem nachteilig auf ihre späteren Rentenansprüche und andere Sozialversicherungsansprüche aus, die an die Erwerbsarbeit gekoppelt sind.

Graphik 2: Wert der unbezahlten Betreuungsarbeit* verglichen mit Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden und verglichen mit Sozialleistungen (Schweiz 2004 in Mrd. Franken)



BFS: SAKE, Modul unbezahlte Arbeit, Schätzungen MM, Eidg. Finanzverwaltung: Finanzrechnung, BFS: Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit (online Mai 2010).
* Unbezahlte Betreuungsarbeit: Enthält nur die Betreuungs- und Hausarbeit für Kinder und betreuungsbedürftige Erwachsene, es handelt sich dabei um eine grobe Schätzung. Sie beruht auf neuen Berechnungen des BFS vom Feb. 2010.
** Steuereinnahmen: Das Total der Steuereinnahmen machte im Jahr 2004 74 Prozent der laufenden Einnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden aus.
*** Sozialleistungen/Sozialschutzleistungen: Im internationalen Vergleich werden bei Sozialleistungen (hier ohne Ausgaben für Administration) staatliche Ausgaben und Versicherungen (AHV) und obligatorische Versicherungen (Krankenkasse und berufliche Vorsorge) mit eingerechnet. Hier nicht einzeln aufgeführt: Arbeitslosigkeit, Wohnen, Hinterbliebene.

Arbeitsbelastung der Haushalte und der Ausbau öffentlicher Betreuungsleistungen

In der Schweiz sind wie gesagt öffentliche Betreuungsleistungen relativ klein trotz starker Erwerbstätigkeit der Frauen. Dies hat zur Folge, dass

entweder die Arbeitsbelastung der Haushalte stark steigt, wenn Kinder oder betreuungsbedürftige Erwachsene im Haushalt leben, oder dass ein Teil der unbezahlten Care-Arbeit durch bezahlte Arbeit ersetzt und von den Haushalten selbst berappt werden muss. In der Schweiz trifft beides zu. Staatlich finanzierte Leistungen für Kinder- und Krankenbetreuungseinrichtungen, welche die Eltern finanziell und arbeitsmässig entlasten könnten, würden entsprechend mehr Staatsausgaben erfordern und damit mehr Steuereinnahmen des Staates. Das Steuerniveau ist in der Schweiz im internationalen Vergleich bekanntlich niedrig. Der *höchste Steuersatz*, sowohl was die Ertragssteuern für Unternehmen als auch die Einkommenssteuern anbelangt, liegt im internationalen Vergleich sehr tief, markant unter dem EU- oder OECD-Durchschnitt (OECD, Taxation 2006, online Mai 2010). Dies ist vor allem vorteilhaft für Unternehmen und Reiche. Die Schweiz hat im 20. Jahrhundert im Unterschied zu andern westlichen Industrieländern nie eine Phase gekannt, in welcher erhöhte Steuern die Einkommens- und Vermögenskonzentration vermindert hätten (Dell et al. 2005). Dies war ebenso wie das Volumen der Erwerbsarbeit pro EinwohnerIn zweifellos jahrzehntelang ein wichtiger Faktor für die Akkumulations- und Globalisierungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

Graphik 2 vergleicht den monetären Wert der unbezahlten Care-Arbeit für Kinder und betreuungsbedürftige Erwachsene (s. Kommentare bei der Graphik). Es ist klar, dass diese Graphik beispielsweise für Schweden sehr anders aussehen würde als für die Schweiz: Der Wert der unbezahlten Betreuungsarbeit wäre im Vergleich zu den anderen Säulen kleiner, die Steuereinnahmen des Staates fast doppelt so hoch, ebenso die Säulen für die Ausgaben der Systeme der Sozialen Sicherheit.[17] Es gibt aber noch weitere Punkte, die in dieser Graphik nicht sichtbar sind und erwähnt werden müssen, um die Besonderheiten der Organisation der Care-Ökonomie in der Schweiz zu verstehen:

Heute unterscheidet sich die Schweiz von westeuropäischen Ländern nicht mehr wie bis in die 1980er Jahren hinein durch die *Höhe der Ausgaben* für die Soziale Sicherheit, sondern durch die *Art der Finanzierung*: Es fällt dabei besonders auf, dass im westeuropäischen Vergleich die Anteile sowohl des Schweizer Staates als auch der Arbeitgeber an der Finanzierung der Systeme der Sozialen Sicherheit tief sind und der Anteil der Beiträge der Erwerbstätigen respektive der ganzen Bevölkerung hoch ist. Das heisst, die Finanzierung der Kosten der Sozialen Sicherheit (insbesondere Pensionskassen und Krankenkassenprämien) gehen zulasten des Endkonsums der Haushalte und mindern die Akkumulationsfähigkeit und den Standortvorteil „Niedrige Steuern" der Schweiz kaum. Der Anteil der Haushalte an der Finanzierung der Sozialen Sicherheit lag bei den (alten) 15 EU-Ländern im Jahr 2007 bei rund 20 Prozent, in der Schweiz bei 34 Prozent (Eurostat, online Mai 2010). Kein EU-Mitgliedsland weist einen so hohen Finanzierungsanteil der Haushalte auf. Diese Finanzierungsan-

teile müssten bei der ersten Säule (Endkonsum) *der Graphik 1* berücksichtigt werden, um Länder miteinander vergleichen zu können. Es geht nicht nur um die Frage, wieviel mit dem Geld gekauft werden kann (Kaufkraftberechnung), sondern auch, was mit dem Geld gekauft werden muss, damit Menschen gut leben können: beispielsweise Haushaltsdienste im Fall von Krankheit oder Kinderbetreuungsdienste bei Erbstätigkeit der Eltern.

Für den Umgang mit Care-Arbeit in Haushalten stellen sich immer drei Fragen: diejenige nach den Präsenzzeiten, wenn Kinder im Haushalt leben, die Frage der Arbeitsbelastung und die Frage der Bezahlbarkeit von Care-Dienstleistungen. Da *regulär bezahlte*[18] Hauspflege oder Kinderbetreuung in der Schweiz teuer sind und nur sehr beschränkt öffentlich finanziert werden, können viele Eltern mit Kindern im betreuungsbedürftigen Alter ihren Lebensstandard nur aufrechterhalten, wenn ein grosser Teil dieser Arbeit unbezahlt gemacht wird. Eine grobe Schätzung im UNRISD-Forschungsbericht hat nämlich gezeigt, dass weit über die Hälfte der Frauen in der Schweiz pro Stunde zu wenig verdienen, um die Kosten decken zu können, welche mit dem regulären „Kauf" einer Stunde Betreuungsarbeit für Kinder oder Kranke entstehen. Der Lebensstandard erwerbstätiger Eltern, welche hohe Kosten der Kinderbetreuung zu tragen haben, kann also sinken, auch wenn ihr Haushaltseinkommen durch die Erwerbstätigkeit der Frauen steigt.[19]

In der Schweiz dürften ein bis eineinhalb Vollzeiterwerbseinkommen – vorläufig noch? – bei einer Mehrheit der Paarhaushalte mit Kindern ausreichen, um das finanzielle Auskommen zu sichern. Die Frage ist, wie zwei erwerbsfähige Personen eine 100 oder 150 Prozent-Stelle unter sich aufteilen. Da Frauen durchschnittlich pro Stunde bedeutend weniger verdienen als Männer[20], ist es naheliegend, dass Frauen in Paarhaushalten mit Kindern Erwerbsarbeit abbauen und sich um Kinder kümmern und mehr Hausarbeit erledigen, während Männer ihre Erwerbsarbeit aufstocken, um die finanziellen Zusatzkosten eines Haushaltes mit Kindern decken zu können.

Ein weiterer zu analysierender Aspekt betrifft die *Zusammensetzung der Sozialleistungen*. Kurz gesagt: Wenn es um die Entlastung der Frauen von unbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit geht, sind die entsprechenden Sozialschutzleistungen in der Schweiz schlecht ausgebaut, nicht aber, wenn es um den Zugang zu den technischen Errungenschaften der Medizin oder wenn es um das formale Bildungssystem geht. Letztere sind für ein ökonomisch weitentwickeltes Land unumgänglich. Ebenso ist das System der Altersrenten relativ gut ausgebaut. Die Schweiz bezahlt verglichen mit andern Ländern hohe Rentenbeträge aus (berechnet in Prozenten des BIP). Wogegen nichts einzuwenden ist, ausser dass Männer gegenwärtig sehr viel mehr Renten beziehen als Frauen. Im Jahr 2008 haben Frauen von der AHV rund 470 Millionen Franken mehr Altersrenten bezogen als die Männer, von den Pensionskassen haben die Männer jedoch knapp 10'000

Millionen Franken mehr bezogen, und dies obwohl es mehr Rentnerinnen gibt als Rentner. Gespart an öffentlichen Ausgaben wird also hierzulande vor allem bei Sozialschutzleistungen für die Betreuung von Kindern (Tagesbetreuung) und Kranken (insbesondere bei der Haus- und Langzeitpflege). Unbezahlt wird diese Arbeit zu 70 Prozent von Frauen geleistet.[21] Der Wert dieser von Frauen getragenen Arbeit ist, wie *Graphik 2* zeigt, fünf bis sechs Mal[22] grösser als sämtliche Ertrags- und Kapitalsteuern, die Unternehmen in der Schweiz an Bund und Kantone bezahlen. Eigentlich ein brisantes Zahlenverhältnis.

Akkumulation, Care-Ökonomie und Genderregime: Schweiz-Schweden im Vergleich

Niedrige Steuern für Reiche und Unternehmen und lange Erwerbsarbeitszeiten sind, rückblickend gesehen, zwei wichtige Faktoren für die Akkumulationsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und damit für ihre Erfolgsstory auf dem Weltmarkt gewesen.[23] Gleichzeitig haben beide Faktoren zur Zementierung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern beigetragen. Um dieses Zusammenspiel zwischen gesellschaftlicher Organisation der Care-Ökonomie, Erwerbsarbeit, Akkumulation und Wirtschaftswachstum genauer zu analysieren, wäre wohl ein Vergleich der Schweiz mit Schweden sehr aufschlussreich. Schweden hatte wie die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg einen intakten Produktionsapparat, der etwa gleich gross war, auch stark globalisiert ist und bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen etwa auf dem gleichen Niveau liegt. Die schwedische Wirtschaft hat auch erfolgreich akkumuliert und sich im vergangenen Jahrzehnt auf dem Weltmarkt bestens behauptet. Gleichzeitig sind aber die Eckdaten zur Geschlechtergerechtigkeit sehr viel frauenfreundlicher als in der Schweiz, insbesondere auch, was die Einkommensgleichheit als auch die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern anbelangt. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte vor allem darin liegen, dass care-ökonomische Leistungen, die von Frauen und Männern in der Schweiz selbst bezahlt oder durch unbezahlte Arbeit erbracht werden, in Schweden vom Staat angeboten oder finanziert werden.

Damit dies ohne massive Staatsverschuldung möglich ist, müssen notwendigerweise die Steuereinnahmen Schwedens bedeutend höher sein als in der Schweiz: In Prozenten des BIP gemessen betragen sie in Schweden 49.1 Prozent, in der Schweiz 29.6 Prozent. Die höchsten Einkommens- und Unternehmenssteuern sind in Schweden höher als in der Schweiz. Was aber Schweden vor allem von der Schweiz unterscheidet, ist das Faktum, dass vergleichsweise mehr erarbeitete Einkommen an den Staat zwecks Organisation der Care-Ökonomie und vergleichsweise weniger an Haushalte gehen. Einer alleinlebenden Person stehen in Schweden vom Erwerbseinkommen im Durchschnitt – nach Abzug der Steuern und Sozialbeiträgen

– 69.1 Prozent zur Verfügung, in der Schweiz 78.3 Prozent. Für ein verheiratetes Paar mit zwei Kindern lauten die gleichen Zahlen (inkl. Familienzulagen) 77.2 Prozent in Schweden, 90.9 Prozent in der Schweiz (OECD Taxes 2006, online Mai 2010). Dazu kommt eine hohe Mehrwertsteuer, welche faktisch die Kaufkraft der Haushaltseinkommen verkleinert.

Mit anderen Worten: Der hohe Lebensstandard in Schweden scheint durch weniger verfügbares Einkommen in Haushalten und durch hohe staatliche Care- und andere Leistungen an Haushalte gekennzeichnet zu sein. Die Schweiz gehört umkehrt zu den Ländern, in denen die Einkommen (der Männer) in den Haushalten relativ hoch sind und verglichen mit den skandinavischen Ländern relativ wenig besteuert werden. Dazu kommt noch die hohe Normalarbeitszeit. Die schweizerische Variante verstärkt Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und das Einkommens- und damit das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen. Dabei spielt das Steuerdumping eine zentrale Rolle. Dieses wiederum hat während Jahrzehnten den Standort Schweiz als Dienstleistungszentrum für den Weltmarkt und die Weltmarktelite begünstigt. Dieser Standortvorteil dürfte auch in Zukunft die Pièce de Résistance bleiben, wenn es um eine geschlechtergerechtere Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Schweiz geht.

Natürlich kann man das Steuerdumping auch als Erfolg sehen – aus der Sicht der Konzerne und Banken, aber auch aus der Sicht einkommensstarker Männer. Der Publizist und Ökonom Beat Kappeler sieht Steuern als „Fronarbeit für den Staat" (NZZ a. S. 13.4.2008). In der Schweiz dauert diese „Fronarbeit" laut seiner Berechnungen jährlich von Januar bis Mitte April, in Schweden bis Ende Juli. Die Schweiz mit einer „intakten Infrastruktur und einem umfassenden Sozialstaat" belege, so Kappeler, dass „man mit zwei Monaten weniger Fronarbeit für den Staat sehr gut auskommt." Er bestimmt!

Hier geht es darum, zu verstehen, dass sich zwei Länder bei vergleichbarer Akkumulationsfähigkeit der Wirtschaft, bei ähnlichem Lebensstandard und ähnlich starkem Wirtschaftswachstum in der *Zusammensetzung* der Bestimmungsfaktoren des Lebensstandards und damit im Ausmass der Geschlechterungleichheit unterscheiden können. Jede dieser Lebensstandard-Säulen kann sehr verschiedene institutionelle Bedingungen der Produktion, der Organisation der Care-Ökonomie und des Sozialstaates widerspiegeln und jede Säule enthält ihre eigenen zu analysierenden Aspekte der Geschlechter(un)gleichheit. Es braucht die Analyse der Artikulation zwischen den verschiedenen Säulen, um aus ökonomischer Sicht besser zu verstehen, wie die gesellschaftliche Organisation der Produktion von Lebensstandard die Geschlechterverhältnisse strukturiert und hervorbringt. Das hier präsentierte Konzept des Lebensstandards hat meiner Ansicht nach trotz seiner Beschränkungen gegenüber dem differenzierteren „Konzept der sozialen und ökonomischen Wohlfahrt" den Vorteil, dass es Wohlfahrt quantifizierbar macht, als Teil einer erweiterten volkswirtschaft-

lichen Gesamtrechnung[24] berechnet und in einen quantitativen Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum und Akkumulation bringt. Damit lassen sich vertiefte makro-ökonomische Einsichten in *ökonomische Zusammenhänge* zwischen Gender-, Akkumulations- und Careregimes gewinnen.

Anmerkungen

1 Die Autorinnen unterscheiden drei Aspekte dieser Wohlfahrt (manchmal auch „Human well-being" genannt): „Adequate provisioning" (eine adäquate Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen inklusive Care Leistungen), „Capabilities" (die Fähigkeit seine eigene Existenz zu sichern, Handlungsfähigkeit) und „Agency" (die Möglichkeit der Mitwirkung und Mitentscheidung in der Welt, in der wir leben). (Berik et al. 2009,2)

2 Heute werden verschiedene Wörter für Ähnliches gebraucht, je nach Fragestellung und theoretischen Konzepten: „The other economy", „Social provisioning", „Care economy", „Sorge- und Versorgungswirtschaft", „Lebensweltökonomie". Bei allen diesen Begriffen handelt es sich um eine Weiterführung der früheren feministischen Diskussionen über unbezahlte Arbeit, ausser dass sich heute die Begriffe nicht nur auf unbezahlte Arbeit beziehen, sondern auf bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten, die direkt der Sorge für und Versorgung von Menschen dient (im weitesten Sinn personenbezogene Dienstleistungen). In einem UNRISD-Forschungsprojekt zur „politischen und sozialen Ökonomie von Care" wurde zwischen drei „Care- Arbeiten" unterschieden: bezahlte Betreuungs- und Bildungsarbeit (Kinder bis zu 15 Jahren), bezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit, alle unbezahlte Arbeit, die direkt der Versorgung und Unterstützung von Menschen dient (Hausarbeit, Pflege und Betreuung von Kindern und Kranken, Nachbarschaftshilfe etc.).

3 United Nations Research Institute for Social Development

4 Shahra Razavi ist Forschungsleiterin bei UNRISD und hat die Forschung zur sozialen und politischen Ökonomie von Care koordiniert (s. dazu auch Razavi 2007).

5 Im Rahmen der Forschung der UNRISD zur „Political and Social Economy of Care". Die Schweiz war eines von acht untersuchten Ländern (nebst Argentinien, Nicaragua, Südafrika, Tanzania, Indien, Südkorea und Japan).

6 Mehr zu den Grössenordnungen und hier nicht diskutierten Aspekten der Care-Ökonomie in der Schweiz s. Madörin (2010). Bei den online-Daten des Bundesamtes für Statistik (BFS) finden sich unter dem Thema „Lebensstandard" und dort unter dem Modul „unbezahlte Arbeit" sehr informative Daten über unbezahlte Arbeit (von 1997, 2000, 2004, 2007), ebenso Erläuterungen über das Konzept der Erhebung und Berechnung ihres Wertes.

7 Vom BFS „Institutionalisierte Freiwilligenarbeit" genannt. Nur ein kleiner Teil dieser Arbeit kann zur Sorge- und Versorgungsarbeit gezählt werden und wurde bei den Quantifizierungen in der UNRISD-Studie zur Schweiz nicht berücksichtigt.

8 Sorge- und Versorgungsarbeit wird, bezahlt und unbezahlt, in verschiedenen institutionellen Sektoren der Gesellschaft verrichtet: in Haushalten (meist im Rahmen der nuklearen Familie), in persönlichen Netzwerken (vom BFS „informelle Freiwilligenarbeit" genannt) wie Nachbarschaftshilfe, Unterstützung von FreundInnen und Verwandten, die nicht im gleichen Haushalt wohnen, und wie schon erwähnt als unbezahlte Arbeiten in Institutionen. Shahra Razavi unterscheidet vier institutionelle Bereiche, in denen unbezahlte und bezahlte Care-Arbeit gemacht wird (sog. Care Diamond): Haushalte, Staat, profitorientierte Unternehmen, nicht-profitorientierte Organisationen (bei uns z.B. fast alle Spitexorganisationen). Luise Gubitzer (2006, 17) unterscheidet fünf Sektoren:

Haushaltssektor, Staat/Öffentlicher Sektor, For Profit Sektor, Dritter/non Profit Sektor, Illegaler Sektor. (s. dazu auch Knobloch 2009).

9 Es gibt auch einen bereits vorhandenen Reichtum, der Teil des Lebensstandards ist (z.B. öffentliche Infrastruktur, Einrichtung der Haushalte), der früher produziert wurde. Dieser ist in dieser Graphik nicht enthalten.

10 Hier wurden nur die wichtigsten sozialen Ausgaben aufgenommen, um Grössenordnungen zu illustrieren. Es wären sehr viel genauere Datenanalysen nötig.

11 Eine Kommission, die vom französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy einberufen wurde, sollte untersuchen, wie die „wirtschaftlichen Leistungen und der soziale Fortschritt" eines Landes gemessen werden können. In der Kommission hatten unter andern nebst den bekannten kritischen Ökonomen Joseph Stiglitz (USA) und Amartya Sen (USA, Indien) auch die renommierten feministischen Ökonominnen Nancy Folbre (USA) und Bina Agarwal (Indien) Einsitz. U.a.sieht die Kommission den Einbezug der unbezahlten Arbeit, von staatlichen Dienstleistungen an Haushalte und die verfügbare Freizeit als wichtige Komponenten für die Beurteilung des Lebensstandards (Stiglitz et al. 2009), nebst den üblichen Kriterien zu Haushaltseinkommen- und konsum.

12 Es liesse sich möglicherweise ein Indikator erfinden, der den Lebensstandard mit dem Volumen an bezahlter und unbezahlter Arbeit gewichtet.

13 Lebensstandard ist, so verstanden, ein zentraler Aspekt der „Produktion des sozialen und ökonomischen Wohlbefindens", am nähesten wohl dem Begriff „Adequate provisioning". Verschiedene feministische Ökonominnen vertreten schon längst den Standpunkt, dass unbezahlte Arbeit und die Care-Ökonomie zentral für den Lebensstandard von Menschen sind (Picchio 2003, Knobloch 2009, Madörin 2010). Bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit sind nicht einfach ein Aspekt der „sozialen Frage", sie müssen als elementarer Bestandteil der Wohlfahrtsökonomie gedacht werden und haben eine eigene *ökonomische und soziale Logik*, die sich von derjenigen der Güter- oder beispielsweise der Wissenproduktion unterscheidet.

14 An der Finanzierung des Endkonsums der Haushalte sind, volkswirtschaftlich gesehen, nicht nur die Erwerbseinkommen beteiligt, sondern auch beispielsweise Renten und Sozialhilfeleistungen.

15 Was nur möglich ist, solange der Arbeitsmarkt mitspielt – was bei steigender Arbeitslosigkeit meist nicht der Fall ist.

16 Man muss unterscheiden zwischen der gesamten Arbeitsbelastung von Eltern, die sowohl für Frauen als auch für Männer in der Schweiz, verglichen mit dem Ausland, hoch ist, und der ungleichen Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen innerhalb der Haushalte.

17 Ausgaben für die Soziale Sicherheit (ohne Verwaltungsausgaben „Sozialschutzleistungen" genannt): Ausgaben des Staates für Soziale Sicherheit (Alter, Krankheit, Invalidität, Familien/Kinder, Arbeitslosigkeit etc.) plus alle *obligatorischen* Sozialversicherungen, egal wie sie organisiert sind, also bei uns auch inklusive berufliche Vorsorge und obligatorische Kranken- und Unfallversicherung. In der Schweiz betrugen die Sozialschutzleistungen 2006 26 Prozent des BIP, in Schweden 30 Prozent (Eurostat online).

18 Welche den Arbeitskosten für vergleichbare bezahlte Arbeiten auf dem Arbeitsmarkt entsprechen.

19 Das wurde anlässlich der Finanzkrise in der US-Presse als ein Grund unter anderen genannt, weshalb in den USA die Sparquote der Haushalte trotz zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen stark gesunken ist. Die Aufrechterhaltung des Lebensstandards konnte trotz hoher Kosten von Care und anderer haushaltsnaher Dienstleistungen dank Verschuldung aufrechterhalten werden. Die Schweiz weist seit Jahrzehnten sehr hohe Ersparnisse der Haushalte auf – schön für die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft!

20 Frauen verdienen pro Stunde weniger als Männer: in der Schweiz 24.1 Prozent, in Schweden 13.7, Deutschland 26.4, Österreich 26.6, Frankreich 17.9 (BFS Tab. Gleichstellungsindikatoren im internationalen Vergleich). Dazu kommen noch andere öko-

nomische Mechanismen, die dazu beitragen, dass Frauen statt Männer mehr Hausarbeit und weniger Erwerbsarbeit leisten: die Sozialversicherungen (z.B. Koordinationsabzug bei den Pensionskassen), Steuerregelungen etc.

21 Das trifft sowohl für die Kinder- als auch für die Krankenbetreuung (inklusive Hausarbeit) zu, wie Schätzungen in der UNRISD-Studie gezeigt haben.

22 Der Wert der unbezahlten Arbeit wurde im Februar 2010 vom BFS neu berechnet und liegt nun rund 27 Prozent höher als in früheren Berechnungen. Deshalb sind hier die Angaben anders als in älteren Artikeln. Nach meinen groben Schätzungen müsste etwa ein Drittel der unbezahlten Betreuungsarbeit für Kinder und Kranke durch Staatsleistungen ersetzt werden, soll die Care-Ökonomie frauenfreundlicher gestaltet werden. In allen Ländern, auch in Schweden, wird viel unbezahlte Care-Arbeit verrichtet, nur nicht so viel wie in der Schweiz.

23 Nicht nur, aber auch, Kapital- und Steuerflucht waren unbestreitbar ebenso wichtig.

24 In der auch die unbezahlte Care-Arbeit enthalten ist.

Literatur

Berik, Günseli / Rodgers, Yana van der Meulen / Seguino, Stephanie, 2009: Feminist Economics of Intequality, Development, and Growth. In: Feminist Economics 15(3), S.1-33

BFS, 2009: Erwerbsmodelle, Arbeitsteilung und Kinderbetreuung in Paarhaushalten. Einige Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Die Schweiz im internationalen Vergleich. BFS aktuell „Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung", Neuchâtel

Dell, Fabian / Piketty, Thomas / Saez, Emmanuel, 2005: Income and Wealth Concentration in Switzerland over the 20th Century, Discussion Paper No. 5090, Centre for Economic Policy Research, London. www.cepr.org

Gubitzer, Luise, 2006: Wirtschaft ist mehr! Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit. In: Widerspruch 50, S. 17-29

Knobloch, Ulrike, 2009: Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie. In: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik, Nr. 30, S. 27-36

Madörin, Mascha, 2010: Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Christine Bauhardt / Çaglar, Gülay (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden, S. 81-104

Picchio, Antonella (Hg.), 2003: Unpaid Work and the economy. A Gender Analysis of Standards of Living. London, New York

Razavi, Shahra, 2009: (Re)thinking Care in a Development Context. Referat WIDE Jahreskonferenz 2009, www.widnetwork.ch/de/aktivitaeten/wide_konferenz_2009/Abstracts/Ausfuehrungen_Tag_1.php

Razavi, Shahra, 2007: The political and Social Economy of Care in a Developmental Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options. Gender and Development. Programme Paper No 3, Geneva, UNRISD

Stiglitz, Joseph E. / Sen, Amartya / Fitoussi, Jean-Paul, 2009: Report by the Commission on the Measurement of Economic and Performance and Social Progress. Der Bericht und andere Dokumente sind auf Französisch und Englisch online zu finden: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm